

INFO- BLATT

RESSOURCEN-
GERECHTIGKEIT



GLOBAL GERECHTE ROHSTOFFPOLITIK

Die deutsche und europäische Rohstoffpolitik ist global gesehen ungerecht. Sie ist einseitig darauf ausgerichtet, die Industrie mit Metallen zu versorgen, zunehmend auch für sogenannte „grüne“ Zukunftstechnologien. Doch so gehen Digitalisierung, der Ausbau der E-Mobilität und der Erneuerbaren Energien auf Kosten von Menschen und Umwelt im Globalen Süden und zukünftiger Generationen. Wo liegen die Probleme und wie kann die Rohstoffpolitik global gerechter werden?



© Jose Luis Stephens / Adobe Stock

1. Warum ist Deutschlands Rohstoffverbrauch global ungerecht?

Deutschland ist als einer der fünf größten Rohstoffverbraucher der Welt in hohem Maß von Importen aus dem Ausland abhängig. Im Jahr 2022 wurden 79,2 Millionen Tonnen metallische Rohstoffe importiert, die zum Beispiel zum Bau von Autos, Gebäuden oder Elektrogeräten benötigt werden. Das Problem: Ihr gesamter Lebenszyklus verursacht negative Folgen für Menschen, Umwelt und das Klima. Beim Rohstoffabbau und der Weiterverarbeitung kommt es zu hohen Treibhausgasemissionen, Wasserknappheit und Verseuchung von Böden, Gesundheitsproblemen und Vertreibung der lokalen Bevölkerung sowie prekären Arbeitsbedingungen. Die Folgen betreffen auch das andere Ende der Lieferkette, da unser Elektroschrott durch illegalen Export teilweise auf Müllkippen im Globalen Süden landet. Denn nur 40 Prozent davon werden recycelt und ein Viertel der kaputten Elektrogeräte repariert.

2. Welche Rohstoffpolitik verfolgt Deutschland?

Die Bundesregierung hat 2010 erstmals eine Rohstoffstrategie verabschiedet und diese 2020 neu aufgelegt. Primäres Ziel war eine stabile und kostengünstige Versorgung der deutschen Industrie mit Rohstoffen. Instrumente wie Rohstoffpartnerschaften, Bürgschaften oder ungebundene Finanzkredite sollten dazu beitragen. In Folge der Corona-Pandemie und des Kriegs gegen die Ukraine hat die Rohstoffpolitik stark an Bedeutung gewonnen, weil die Anfälligkeit von Lieferketten und die Rohstoffabhängigkeit Deutschlands deutlich wurden. Als Reaktion hat sich die Bundesregierung neu ausgerichtet und sich eine „nachhaltige und resiliente Rohstoffversorgung“ (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) sowie „verantwortungsvolle Rohstofflieferketten“ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zum Ziel gesetzt. Ein Meilenstein auf diesem Weg war das deutsche Lieferkettengesetz, das Unternehmen seit 2023 verpflichtet, Verantwortung für ihre Lieferketten zu übernehmen. Um den Umbau zur Kreislaufwirtschaft voranzutreiben, wurde 2024 eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie auf den Weg gebracht.

3. Welche Rohstoffpolitik verfolgt die EU?

Die EU-Ebene wird zunehmend wichtiger für die deutsche Rohstoffpolitik. So wurden zuletzt mit der Batterieverordnung (2023) und dem EU-Lieferkettengesetz (2024) neue Regelungen für verantwortungsvollere Lieferketten im Rohstoffsektor eingeführt. Im Rahmen des EU-Aktionsplans für Kreislaufwirtschaft wurden ab 2020 vermehrt Maßnahmen ergriffen, um die Langlebigkeit von Produkten zu erhöhen, darunter zuletzt die Ökodesign-Verordnung (2024) und eine Richtlinie zu Reparaturregeln (2024).

Das größte rohstoffpolitische Vorhaben ist das neue EU-Gesetz zu kritischen Rohstoffen „Critical Raw Materials Act“, das im Mai 2024 verabschiedet wurde. Es soll die Versorgung mit kritischen Rohstoffen für sogenannte Zukunftstechnologien sicherstellen, Lieferketten diversifizieren und Recycling in und außerhalb der EU stärken, um weniger abhängig von Ländern wie China zu werden. Angestrebt wird, mindestens zehn Prozent des EU-Verbrauchs an strategischen Rohstoffen bis 2030 aus EU-Bergbau und 25 Prozent aus Recycling zu beziehen sowie 40 Prozent in der EU weiterzuverarbeiten.



4. Wie ist diese Rohstoffpolitik zu bewerten?

Nach wie vor zielt die Rohstoffpolitik von Deutschland und der EU primär darauf ab, die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen zu sichern. Die globalen Folgen des Rohstoffverbrauchs werden viel zu wenig adressiert. So geht die „grüne“ Transformation auf Kosten von Menschen und Umwelt im Globalen Süden. Die Bestrebungen möglichst viele Rohstoffe in der EU weiterzuverarbeiten, läuft dem Anspruch, die lokale Wertschöpfung in rohstoffreichen Ländern zu stärken, zuwider. Diese werden weiter auf ihre Rolle als Rohstofflieferanten reduziert. Aber es gibt auch Fortschritte: Der Ausbau der Kreislaufwirtschaft und die Lieferkettengesetze sind wichtige Schritte, Menschenrechten und Umweltschutz mehr Gewicht in der Rohstoffpolitik zu geben. Allerdings gilt das deutsche Gesetz nur für Unternehmen ab 1000 Mitarbeiter*innen, das EU-Gesetz sogar nur für noch größere. Immerhin verlangt das EU-Gesetz aber die deutschen Regeln bei umweltbezogenen Sorgfaltspflichten und Klimaschutzplänen nachzuschärfen und verbessert durch eine zivilrechtliche Haftungsregel die Klagemöglichkeiten von Betroffenen.

5. Wie kann die deutsche Rohstoffpolitik global gerechter werden?

Die deutsche Rohstoffpolitik sollte primär darauf ausgerichtet sein, unseren hohen Rohstoffverbrauch auf ein global gerechtes Maß zu senken. Dabei kommt der zeitnahen und ambitionierten Umsetzung der Kreislaufwirtschaftsstrategie eine entscheidende Rolle zu. Darüber hinaus braucht es einen verbindlichen Rechtsrahmen in Form eines Ressourcenschutzgesetzes, das ambitionierte Reduktionsziele für den Primärrohstoffverbrauch sowie sektor- und rohstoffspezifische Unterziele festlegt. Ergänzend braucht es verbindliche Maßnahmen zur Reduktion, zur langen Nutzung und Wiederverwendung von Gütern und Komponenten sowie klare Verantwortlichkeiten. Eine global gerechte Rohstoffpolitik erfordert zudem mehr Menschenrechts-, Umwelt- und Klimaschutz in globalen Rohstofflieferketten. Dabei kommt es auf die konsequente Umsetzung der Lieferkettengesetze und Batterieverordnung an. Betroffene müssen sich darauf verlassen können, dass sie sich beschweren und ihre Rechte vor Gericht einklagen können.

6. Was macht INKOTA?

Wir wollen einen grundlegenden Kurswechsel im Umgang mit Rohstoffen und setzen uns deshalb für eine Rohstoffwende ein. Wir begleiten die deutsche und europäische Rohstoffpolitik kritisch, tragen unsere Forderungen zu verantwortungsvollen Lieferketten an Unternehmen heran und informieren in öffentlichen Veranstaltungen über Hintergründe der Rohstoffpolitik. INKOTA ist Mitglied im Arbeitskreis Rohstoffe, einem zivilgesellschaftlichen Netzwerk, das sich für Menschenrechte und Umweltschutz im Rohstoffsektor einsetzt. Wir haben die Handyaktion Berlin-Brandenburg gestartet und setzen uns für eine global gerechte Kreislaufwirtschaft und ein Recht auf Reparatur ein.

7. Was kann ich tun?

Bewusst konsumieren: Überlege vor dem Kauf eines Produkts, ob du es wirklich brauchst oder es auch leihen, teilen oder gebraucht kaufen kannst. Informiere dich über die Einhaltung von Sorgfaltspflichten in der Lieferkette und die Reparierbarkeit. Nutze das Gerät möglichst lange.

Dich und andere informieren: Du kannst auf unserer Internetseite recherchieren und Informationsmaterial bestellen, unseren Newsletter abonnieren, oder uns auf Instagram, Facebook oder X folgen.

Aktiv werden: Du kannst bei Handysammelaktionen in deiner Nähe mitmachen oder Kampagnen und Petitionen für eine global gerechte Rohstoffpolitik unterstützen.

Weiterführende Infos zu „Global gerechte Rohstoffpolitik“

Webseite

- inkota.de/themen/rohstoffe-bergbau
- handyaktion-berlin.de
- ak-rohstoffe.de

Materialien

- **INKOTA (2023): Rohstoffwende Aktionskit:** bit.ly/Aktionskit
- **INKOTA (2022): Infoblatt Kreislaufwirtschaft:** bit.ly/InfoKreislaufwirtschaft
- **Netzwerk Ressourcenwende (2024):** Stellungnahme Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie: bit.ly/StellungnahmeNKWS24
- **Powershift, INKOTA et al. (2024):** Zivilgesellschaftliche Anforderungen an Strategische Projekte im Critical Raw Materials Regulation (CRMA): bit.ly/ZG-CRMA

Politisches Engagement stärken

Fördermitglied werden:

www.inkota.de/foerdermitgliedschaft

INKOTA setzt sich für eine friedliche Welt ohne Hunger und Armut ein; für Menschen im Globalen Süden, die unter Ungerechtigkeit leiden.



Spendenkonto INKOTA:

IBAN: DE06 3506 0190 1555 0000 10
BIC: GENODED1DKD

Bequem und einfach online

spenden: www.inkota.de/spenden



Autorin: Lara Louisa Siever

Referentin Rohstoffpolitik, Wirtschaft und Menschenrechte

ressourcengerecht@inkota.de



Autor: Julius Neu

Referent Rohstoffpolitik, Wirtschaft und Menschenrechte

ressourcengerecht@inkota.de

INKOTA

INKOTA-netzwerk e.V., Chrysanthemenstr. 1-3, 10407 Berlin.
Tel.: 030 42 08 202-0 • E-Mail: info@inkota.de • www.inkota.de

1. Vorsitzende: Dr. Magdalena Freudenschuss
Vereinsregisternummer: VR 12602 B AmtsG Charlottenburg
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer: DE 263662401

Gefördert durch Brot für die Welt aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes, der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit des Landes Berlin sowie durch Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Für den Inhalt dieser Publikation ist allein INKOTA verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuwendungsgeber wieder.

 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

 Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit  Sonderauftrag für Wirtschaft, Energie und Verkehr  BERLIN 

 Brot für die Welt